

## Rats-Update Nr. 5

### Sitzung des Duisburger Stadtrates am 27. September 2021

In früheren Zeiten handelte es sich bei der **Ratssitzung zur Einbringung des Haushalts** stets um eine kurze Versammlung, denn nach den einführenden Reden des jeweiligen Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin und des damaligen Kämmerers erhielten die Ratsmitglieder die Ordner (und/oder CDs) mit den Haushaltsplänen und die Sitzung war beendet. Im Laufe der Jahre wurden immer mehr Beschlussvorlagen hinzugenommen und seit Sören Link Oberbürgermeister ist, handelt es sich um eine „ganz normale“ Ratssitzung, bei der die Einbringung des Haushaltsplans nur ein Tagesordnungspunkt von 132 ist. Auch die Reden des OBs und des Kämmerers waren relativ kurz und beschäftigten sich kaum mit dem vorliegenden Zahlenwerk, sondern eher mit Lobeshymnen auf die eigene Leistung – die diesmal allerdings wirklich eine Anerkennung wert ist.

### Haushaltsrede des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Sören Link erklärte, dass in Duisburg seit Jahrzehnten der Rotstift angesetzt werden musste. 1977 war das erste Jahr, in dem ein Haushaltssicherungskonzept notwendig wurde und 2022 soll das letzte Jahr sein, indem der Haushalt von der Finanzaufsicht (Bezirksregierung in Düsseldorf) überwacht und genehmigt werden muss. Euphorisch erklärte der OB, dass dies *„der beste Tag für Duisburg seit Jahrzehnten“* sei, und weiter: *„diesen Erfolg haben wir uns hart erarbeitet.“* Dieser Haushalt sei der letzte, der genehmigt werden muss, danach werden die Haushaltspläne nur noch „angezeigt“. Er betonte, dass er in zahlreichen Verhandlungen, bei denen es um städtische Finanzen ging, nicht lockergelassen hätte: *„Wir haben eine Chance erhalten, sie ergriffen und genutzt.“*

Bereits seit 2015 wurden keine neuen Schulden mehr gemacht, sondern positive Jahresergebnisse erreicht. In den vergangenen Jahren konnten rund 700 Millionen Euro Altschulden abgebaut werden (von ehemals 1,7 Mrd. auf ca. 1 Mrd. heute). Dieses Jahr konnten 120 Mio. Euro für den Schuldenabbau verwendet werden und im nächsten Jahr sollen es 50 Mio. Euro sein. Begeistert erklärte der OB: *„Wir müssen nicht mehr für jeden Gullideckel nach Düsseldorf rennen und fragen... und es bedeutet auch, dass wieder externe Stellenbesetzungen (in der Stadtverwaltung) möglich und erlaubt sein werden, worauf wir sehr stolz sein können.“*

Als bei einigen Ratsmitgliedern gerade wieder altbekannte Gedanken der Stadt-typischen Verschwendungssucht aufkamen, schloss der OB seine Rede mit dem Hinweis, dass *„wir auch zukünftig auf Sicht fahren müssen“* und er dafür sorgen werde, *„dass die Leitplanken erhalten bleiben.“* (Vielen Dank für diesen mahnenden Hinweis, bevor bei SPD und CDU wieder große Wünsche aufflammen.)

### Haushaltsrede des Stadtdirektors und Kämmerers

Stadtkämmerer Martin Murrack lobte, dass in den vergangenen 6 Jahren ca. 40% der städtischen Kassenkredite abgebaut werden konnten und betonte, dass strukturelle Entwicklungen, die auf den Weg gebracht wurden, ihre positive Wirkung erst noch entfalten werden. (Er dachte dabei an die Flächenentwicklungen in Wedau oder am ehemaligen Güterbahnhofsgelände). Er berichtete, dass es im Jahr 2022 einen Überschuss von 3,3 Mio. Euro geben wird, in 2023 ca. 1,2 Mio. Euro, in 2024 ist ein Überschuss von 6,6 Mio. Euro geplant, in 2025 ca. 6,7 Mio. und in 2026 ca. 6,4 Mio. Euro. Martin Murrack führte aus, dass dies alles nur möglich geworden sei, weil der Stadtrat *„mutige Entscheidungen“* getroffen habe, wie z.B. die Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. (Er vergas dabei offenbar die extreme Niedrigzinspolitik der EU und die Hilfen von Land und Bund, wie z.B. die Übernahme aller „Kosten für Unterkunft“ u.ä.).

Die Kosten für die städtischen Corona-Maßnahmen betragen in Duisburg rund 200 Mio. Euro, die jedoch gesondert gebucht werden, also nicht im vorliegenden Haushaltsplan zu finden sind. Dies ist vom Gesetzgeber ausdrücklich erlaubt. Allerdings müssen diese isolierten Kosten/Schulden in den kommenden 50 Jahren mit 4 bis 6 Mio. Euro jährlich abgetragen werden. Hier hofft der Kämmerer, dass diese Schulden irgendwann einmal von Land oder Bund übernommen werden. Zuletzt bedankte er sich bei der Verwaltung und erklärte (mutig), dass es *„keine Neuverschuldung mehr geben wird“*.

### **MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co.KG**

Nach knapp 20 weiteren Tagesordnungspunkten, die zu den „Standardbeschlüssen“ einer jeden Ratssitzung gehören und immer nahezu kommentarlos und einstimmig beschlossen werden, folgte der Wirtschaftsplan der MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co.KG, also der Gesellschaft, die (noch) im Besitz des Fußballstadions ist. Da die Stadt bereits zu einem großen Teil Anteilseigner der Gesellschaft ist, muss der jährliche Wirtschaftsplan vom Stadtrat genehmigt werden.

Schon 2019 und 2020 benötigte die Gesellschaft Liquiditätshilfen der Stadt und auch in diesem Jahr werden wieder 2 Mio. Euro „zur Sicherung des Geschäftsbetriebs“ gebraucht. Da der Stadtrat aber bereits vor einiger Zeit entschieden hat, die Gesellschaft komplett übernehmen zu wollen, empfinden viele Ratsmitglieder diese Hilfen als „Zahlung in die eigene Tasche“. OB Link wird bei derartigen Beschlüssen nicht müde zu betonen, dass es sich nicht um Unterstützung eines privaten Fußballvereins handele, sondern es ausschließlich um das Stadion ginge.

An dieser Stelle kam es erstmalig zu mehreren kritischen Wortmeldungen aus verschiedenen Ratsfraktionen. JuDu wies darauf hin, dass es ca. 480.000 Duisburgerinnen und Duisburger gibt, die nicht wöchentlich ins Stadion gehen und dennoch über diese städtischen Hilfen das Stadion mitfinanzieren müssten. Die Geduld vieler dieser stillschweigenden Steuerzahlenden sei bereits arg strapaziert. Allerdings akzeptierten die Ratsmitglieder gleichzeitig, dass die Einnahmen des MSV, der Hauptnutzer des Stadions ist, in der 3. Liga nie zu einem auskömmlichen Ertrag führen können. Selbst in der 2. Fußballbundesliga werden die Mieten, die der MSV zahlen kann, nicht zu großen Gewinnen führen.

Auch die FDP-Fraktion hatte in ihrer Vorbesprechung länger über diesen Tagesordnungspunkt diskutiert. Da die Alternative jedoch bedeuten würde, dass ein leerstehendes und unbenutzbares Stadion (im kompletten Besitz der Stadt) verfallen würde, entschied sich die Fraktion, wie auch der Rest des Duisburger Stadtrates, dazu, den Finanzhilfen zuzustimmen, damit die Gesellschaft weiter bestehen kann und das Stadion in einem nutzbaren Zustand erhalten kann.

### **Sitzungsplan 2022**

Wie in jedem Jahr gab es zum Sitzungsplan der politischen Gremien für das kommende Jahr längere Diskussionen zwischen Oberbürgermeister, SPD und CDU auf der einen Seite und allen anderen Ratsfraktionen auf der anderen Seite. Die kleineren Fraktionen möchten mehr Sitzungen des Stadtrates durchführen, damit die Tagesordnungen nicht immer über 100 Punkte erreichen, die aus zeitlichen Gründen kaum diskutiert, sondern eher „abgenickt“ werden können.

Oberbürgermeister, SPD und CDU verharren bei ihren Argumenten, dass Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen erfolgen sollten und der Stadtrat am Ende nur noch die letztendlichen Beschlüsse fassen soll. Insofern sind sie mit maximal 5 Sitzungen im Jahr zufrieden und auch nicht bereit, dies zu ändern. Vermutlich ist es genau in Sinne von SPD und CDU, dass keine langen Diskussionen zu einzelnen Themen aufkommen (können). Leider ist das gleiche ‚abwehrende‘ Verhalten der großen Fraktionen auch in den Ausschusssitzungen zu beobachten, so dass es auch dort meistens nicht zu detaillierten längeren Diskussionen kommt.

Die anderen Fraktionen stellen jedes Jahr einen Antrag auf zusätzliche Ratssitzungen, der stets mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt wird. In solchen Momenten wird klar, dass es im Duisburger Stadtrat zwar keine offizielle Kooperation zwischen SPD und CDU mehr gibt, die beiden Fraktionen aber (gerne) gemeinsam den Rat dominieren und Ideen oder Wünsche der anderen Fraktionen geradezu aus Prinzip nicht zulassen (wollen).

### **Dringlichkeitsbeschlüsse**

Ein ähnlich herablassendes Verhalten der beiden großen Fraktionen ist zu beobachten, wenn es darum geht, Beschlüsse bereits vor der Ratssitzung zu fassen. Solche Dringlichkeitsbeschlüsse sind laut Gemeindeordnung zulässig, unterliegen jedoch strengen Regularien. So muss es z.B. nicht möglich sein, eine ungeplante schnelle Sondersitzung des Stadtrates durchzuführen oder eine Entscheidung duldet aus rechtlichen Gründen keine Aufschiebung. Solche Entscheidungen werden immer von einem Mitglied der SPD-Fraktion und einem Mitglied der CDU-Fraktion unterzeichnet. Somit ist sichergestellt, dass es in der folgenden Ratssitzung einen sicheren nachlaufenden „Bestätigungsbeschluss“ gibt.

In dieser Ratssitzung waren es wieder 7 Beschlüsse, die den Ratsmitgliedern als „bereits beschlossen“ präsentiert wurden und jetzt nur noch zur abschließenden Bestätigung vorgelegt wurden.

### **Sanierung des Chinesischen Gartens**

Dazu gehörte auch die Sanierung des Chinesischen Gartens im Duisburger Zoo für (bis zu) 562.000,- Euro. Einige Ratsmitglieder, die auch in den Aufsichtsgremien des Zoos sind, bemängelten, dass die im Beschluss genannten Erkenntnisse nicht neu seien, sondern bereits seit Jahren bekannt waren (und auch für jeden Zoobesucher sichtbar waren), so dass eine Sanierung des Chinesischen Gartens jetzt nicht überraschend gekommen sei und es dementsprechend auch keinen Grund für einen Dringlichkeitsbeschluss gab. Üblicherweise perlen derartige Vorwürfe an Oberbürgermeister Link geradezu ab - und da ohnehin (fast) alle Fraktionen einen neuen attraktiveren Chinesischen Garten möchten, wurde der Beschluss auch fast einstimmig bestätigt. Nur die Fraktion Tierschutz/DAL stimmte dagegen.

### **5 neue Schulgebäude und/oder Schulanbauten**

Mit den folgenden Drucksachen beschloss der Stadtrat den Bau von 5 neuen Schulgebäuden und/oder Anbauten an bestehende Schulen. Davon profitieren werden die Justus-von-Liebig-Schule, die Herbert-Grillo-Gesamtschule und die Gesamtschule Emschertal (alle drei in Hamborn), die Green-Gesamtschule in Rheinhausen und die Sekundarschule Am Biegerpark im Duisburger Süden. In dieser Ratssitzung fällt der Stadtrat „nur“ die Grundsatzbeschlüsse (einstimmig), nach denen es jetzt zu weiteren Planungen, Kostenkalkulationen und der Beantragung von Fördermitteln kommen kann. Die konkreten Baubeschlüsse werden für die einzelnen Schulen gefasst, wenn die Zahlen und Pläne vorliegen.

### **Neubau einer Feuerwache in Rheinhausen**

Ebenfalls per Dringlichkeitsbeschluss wurde der Neubau einer Feuer- und Rettungswache in Rheinhausen gefasst. Die alte Feuerwache ist baufällig und da die Lage nach heutigen Erkenntnissen ohnehin nicht mehr optimal ist, soll eine neue Wache an anderer Stelle für insgesamt 17.091.000,- Euro errichtet werden. Die DIG (Duisburger Infrastrukturgesellschaft), an der die Stadt und die Hafen AG beteiligt sind, wurde mit dem Bau beauftragt.

Da die Pläne zum Neubau einer Feuerwache in Rheinhausen bereits seit Jahren bekannt sind und auch das Grundstück schon vor langer Zeit von den Stadtwerken gekauft wurde, war es auch in diesem Fall schwer nachzuvollziehen, warum diese Entscheidung per Dringlichkeit erfolgen musste. In der Beschlussvorlage wurde lediglich erklärt, dass der Betrieb der alten Feuerwache stark gefährdet sei und die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr sichergestellt werden müsse. Somit läge „ein Fall äußerster Dringlichkeit“ vor, der einen Dringlichkeitsbeschluss im Sinne der Gemeindeordnung zulasse – den der Rat auch einstimmig bestätigte, um den Bau der wichtigen neuen Feuerwache nicht zu gefährden.

### **Sanierung oder Abriss der Rhein-Ruhr-Halle**

Zu geradezu emotionalen Diskussionen kam es bei einer Beschlussvorlage, wonach der Stadtrat entscheiden sollte, ob die brachliegende Rhein-Ruhr-Halle in Hamborn saniert und wiederbelebt werden solle oder die Halle abgerissen und eine Grünfläche entstehen solle. Auch in der vorlaufenden erweiterten Fraktionssitzung kam es zu längeren Diskussionen und einer mehrheitlichen Abstimmung gegen den Erhalt der Halle. Gute Argumente gab es für beide Positionen, die in der FDP-Fraktionssitzung und im Rat wortreich ausgetauscht wurden.

Die CDU hatte am Tag der Ratssitzung noch einen Antrag gestellt, wonach die Verwaltung vor der Entscheidung klären sollte, ob die Halle in Konkurrenz zu umliegenden Stätten und Hallen wirkliche Vermarktungschancen habe, was Bau und Unterhalt „realistischerweise“ kosten würden und ob Sportverbände oder Kulturveranstalter bereits Interesse an einer neuen Rhein-Ruhr-Halle bekundet hätten. Da alle Fraktionen Interesse an den Antworten hatten, stimmte der Rat diesem Antrag einstimmig zu. Insofern fällt die endgültige Entscheidung erst, wenn diese Daten vorliegen.

Zum Hintergrund: Da die Halle direkt an der Autobahn steht, in einem Bereich, in dem nach neuesten Bauvorschriften kein Bauwerk errichtet werden darf, hat die alte Halle noch Bestandsschutz und könnte (so wie die alten Wände stehen) für geschätzte 30 bis 40 Millionen Euro wieder erneuert werden, ohne dass dafür irgendwelche Fördermittel in Aussicht stehen würden.

Wenn sie jedoch abgerissen wird, darf an dieser Stelle nichts Neues gebaut werden – wegen der naheliegenden Grillowerke nicht einmal ein attraktiver Park mit Sitzbänken oder anderen Aufenthaltsmöglichkeiten (Störfallverordnung). Daher sollte die endgültige Entscheidung tatsächlich gut abgewogen werden.

### **Ausbau der A59**

Die Stadt hat den Wunsch einer Überdeckung der A59 im Bereich Meiderich (trotz eindeutiger Absage des zuständigen Bundesbaubetriebes) immer noch nicht aufgegeben. Daher soll jetzt Rechtsanwalt Prof. Dr. Olaf Bishopink aus Münster einen Forderungskatalog erarbeiten, der die städtischen Anforderungen an den Planungsprozess des Ausbaus der A59 präzise benennt.

Zudem wird eine städtische Begleitkommission „zur Wahrung der Interessen der Stadt im weiteren Planungsprozess“ eingerichtet. Diese Begleitkommission besteht aus 20 Personen, die irgendwie alle (mehr oder weniger) dem erweiterten „SPD-Zirkel“ zuzuordnen sind. Z.B. sind die Bundestags- und Landtagsabgeordneten der SPD vertreten, die Vertreter der Bürgerinitiative und Bürgervereine, ausgewählte Mitglieder der betroffenen Bezirksvertretungen, des ADFC und des Amtes für Stadtentwicklung. Aus dem Stadtrat wird je ein Vertreter der 3 größten Fraktionen (also SPD, CDU und Grüne) dabei sein.

Die Fraktion JuDu sah die Beauftragung eines Rechtsanwalts sehr kritisch und fragte, was dieser denn besser könne, als das Rechtsamt der Stadt Duisburg. Der zuständige Dezernent Martin Linne antwortete, dass es um sehr viel Geld ginge und er diese Maßnahme für erforderlich halte. Nach dieser Antwort stimmte JUDu dagegen, während alle anderen Fraktionen dieser Vorlage zustimmten.

### **Stadtgutschein**

Bei Tagesordnungspunkt 53 kam es wiederum zur Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses, der diesmal von OB Link und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU unterschreiben war. In diesem Fall ging es um den sogenannten Stadtgutschein, mit dem die Stadt die („Corona-geschädigten“) Duisburger Einzelhändler unterstützen möchte. Dabei handelt es sich um städtische Rabattgutscheine, die beim Kauf von Waren eingelöst werden können, wobei die Stadt 20% des Kaufpreises (bis maximal 20,-€) übernimmt. Dafür hat die Stadt 250.000 Euro zur Verfügung gestellt und die Sparkasse, die Gebag, die Wirtschaftsbetriebe und die DVV noch einmal 250.000 Euro.

Interessant war die angegebene „Gegenfinanzierung“, denn hier war lediglich vermerkt, dass „*die Mehraufwendungen im Dezernatsbudget aufgefangen werden können*“. FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff fragte (nicht ganz ernst gemeint), ob dies eine ausreichende Gegenfinanzierungsart sei, die die Fraktionen demnächst auch zur Finanzierung ihrer Vorschläge anführen könnten. Natürlich verneinte der Oberbürgermeister diese Möglichkeit („...*da muss ich Ihre Euphorie leider bremsen.*“) und erklärte, dass diese Maßnahme innerhalb der Dezernate „abgestimmt“ wurde. Da alle Fraktionen die Idee begrüßten, war es ein einstimmiger Beschluss.

### **„Duisburg ist echt“**

Ebenso einstimmig wurde eine Zuschusserhöhung der städtischen Gesellschaft Duisburg-Kontor beschlossen. Diese erhält 150.000 Euro mehr für eine nationale Kampagne mit dem Titel „Duisburg ist echt“. In diesem Zusammenhang ist auch der Imagefilm entstanden, der seit einiger Zeit in den sozialen Medien zu sehen ist. Die Kampagne soll dazu beitragen, dass Image der Stadt zu verbessern.

### **Erhöhung der Taxi-Tarife**

Die Duisburger Taxiunternehmen- und Verbände hatten die Stadt bzw. den Stadtrat gebeten, ihre Tarife erhöhen zu dürfen. Laut Gesetz ist dafür tatsächlich (immer) der örtliche Stadtrat zuständig, der eine entsprechende städtische Taxen-Tarifverordnung erlässt. Begründet wurde dieser Wunsch mit der Erhöhung des Mindestlohns, Steigerungen in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, gestiegenen Benzinpreisen und einem erhöhten Aufwand in der Datenschutzverordnung.

In Verhandlungen mit der Stadtverwaltung wurde folgender Vorschlag erarbeitet: eine erste Erhöhung des Kilometerpreises um 10% erfolgt ab dem 1.01.2022 (von 2,00 € auf 2,20€) und eine zweite Erhöhung ab dem 1.07.2022 um weitere 10% (von 2,20€ auf 2,40€).

Die Fraktion JuDu (Junges Duisburg) wies darauf hin, dass die aufgeführten Kostensteigerungen für alle Taxiunternehmen Deutschlands gelten würden, aber dennoch das Taxifahren in Duisburg teurer sei, als in München, Hamburg, Berlin oder Stuttgart, weshalb JuDu als einzige Fraktion gegen diese Erhöhung stimmte.

### **Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und Veränderungssperren**

In den nächsten 15 Tagesordnungspunkten beschäftigte sich der Stadtrat mit Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen im gesamten Stadtgebiet, die alle nahezu kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden. Zudem wurden wieder einige Veränderungssperren verhängt, um die Ansiedlung von Wettbüros zu verhindern.

### **28 Anträge und Anfragen der Fraktionen**

Im Folgenden beriet der Stadtrat über 28 Anträge und Anfragen, die die verschiedenen Fraktion an den Rat bzw. an die Stadtverwaltung gestellt hatten.

So wollte z.B. die Linke ein „Solarkonzept“ und einen „Weltfrauentag“ für die Stadt, die FDP die „Stärkung des Car-Sharing Angebots“, JuDu eine „Resiliente Stadt“ sowie keine „Zeichen-Gender-Sprache“ in der Verwaltung. Die Fraktion Tierschutz/DAL wollte das der OB „mehr Termine mit den Bürgern wahrnimmt“, einen besonderen „Schutz für Tauben“ und „mehr Personal im Ausländeramt der Stadt“. Die Grünen wollten Duisburg zu einer „Cradle2Cradle-Kommune“ machen und ein „neues Klimaschutzkonzept“ erarbeiten lassen. Zudem beantragten die Grünen ein „Baumfällmoratorium“ (was nichts anderes war, als der erneute Versuch zur Einführung einer Baumschutzsatzung) und „Geld für Tierschutzvereine, die Katzen kastrieren“.

Die AfD hatte Anfragen zur „EU-Freizügigkeit“ und zu „Ausfällen der Aufzüge bei U-Bahn-Stationen“, die HO-Gruppe wollte etwas zur „Spielbankabgabe“ wissen und zuletzt wollte Ratsherr Sipahi wissen, ob Duisburg „für eine Naturkatastrophe bereit ist“.

Alle gestellten Anträge wurden mehr oder weniger lang diskutiert und anschließend mehrheitlich abgelehnt. Alle Anfragen sollen schriftlich in den Protokollen der nächsten Sitzungen beantwortet werden.

### **Mitteilungsvorlagen**

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden den Ratsmitgliedern zahlreiche sogenannte Mitteilungsvorlagen vorgelegt. Die Verwaltung teilt darin aktuelle Sachstände oder Änderungen mit, über die die Fraktionen zwar diskutieren- und Fragen stellen können, zu denen der Stadtrat aber keinen Beschluss fassen muss. In diesem Sinne sparen sich die Ratsmitglieder meist den Wortwechsel.

### **Ende um 19:01 Uhr**

Um 19:01 Uhr beendete der Oberbürgermeister diese öffentliche Sitzung des Duisburger Stadtrates. Nachdem die Öffentlichkeit und die Presse verabschiedet wurde, eröffnete der Oberbürgermeister die nichtöffentliche Sitzung mit 13 wichtigen Tagesordnungspunkten, über die hier leider nicht berichtet werden darf.

### **Herbstferien**

Mit diesem 5. Rats-Update verabschiedet sich die FDP-Ratsfraktion in die Herbstferien. Die nächste Ratssitzung (und letzte Sitzung in diesem Jahr) ist am 25. November 2021 geplant. Dabei wird es vornehmlich um die Verabschiedung des Haushaltsplans für die kommenden 2 Jahre gehen.

Danach informieren wir Sie wieder gerne über die aktuellen politischen Themen sowie Stimmungen und Meinungen im Duisburger Stadtrat - aus Sicht der Liberalen.

*In diesem Sinne wünschen Ihnen unsere Ratsmitglieder Wilhelm Bies, Oliver Alefs, Kira Schulze Lohoff, sowie Fraktionsgeschäftsführer Thomas Wolters eine schöne Ferienzeit.*